

Redebeitrag von Dr. Norbert Schröder am 1. September 2019 anlässlich des Weltfriedenstages zum Thema

Demokratie und Frieden

Demokratie beruht auf dem Prinzip, dass alle sich um das kümmern und kümmern dürfen, was alle angeht und dass die Entscheidungen ausschließlich denen zu Gute kommen, die mehrheitlich von den Entscheidungen betroffen sind. So wird Demokratie zumindest von Leuten wie Ingeborg Maus oder Robert Pfaller gesehen.

Die Frage lautet also: In welcher Verfassung ist unsere Demokratie, wenn es immer noch Kriege mit Beteiligung von NATO-Staaten gibt?

Der Begriff „Balkanisierung“ ist mittlerweile ein Inbegriff für die Zersplitterung eines Landes und der Zerstörung seiner Wirtschaft. Abwesenheit von Demokratie führt zu sozialem Unfrieden und zu Gewalt oder gar Krieg. Um dies zu verdeutlichen möchte ich wichtige Ereignisse, die zu dem Begriff „Balkanisierung“ führten noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Wie war die Situation bei uns in Deutschland Anfang der 90er Jahre

Mit einem Gefühl einer - auch moralischen - Überlegenheit ergriff die westliche Welt nach der Wende „Triumphalismus“ – so Mathias Platzeck. Die meisten von uns im Osten lernten direkt oder indirekt nach dem Mord an Detlef-Karsten Rohwedder - der erst sanieren, dann privatisieren anstrebte - das Wüten der Treuhand kennen. Von 150 Betrieben mit mehr als 5000 Mitarbeitern wurden 145 abgewickelt. Abgewickelt, ein eingebannter Begriff.

Neben der weitverbreiteten Perspektivlosigkeit im Osten stieg die Zahl der Asylanträge im Jahr 1992 in Deutschland auf ca. 440'000 viele aus Jugoslawien und Russland.

Hauptsächlich von CDU und CSU forciert wurde schon länger eine Asyldebatte geführt, die mit Begriffen wie „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“ einherging. Diese Debatte wurde begleitet von rechtsextremen Gewalttaten, Mord und Prognosen wie in Hoyerswerda oder im August 1992 in Rostock Lichtenhagen, daran denke ich noch mit Schrecken.

Ich frage: Sind Perspektivlosigkeit, Verteilungskampf der Ärmsten untereinander und die von Politikern der sogenannten politischen Mitte forcierte Hetze Bausteine einer Demokratie?

In Artikel 16 GG war bis dahin mit der knappen Formel "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ein individuelles Recht auf Schutz festgeschrieben. Die Blockflöten-Parteien CDU/CSU, FDP und die neupositionierte SPD unter Björn Engholm und Oskar Lafontaine hatten 1993 eine 2/3tel Mehrheit und änderten das GG. Wer aus "sicheren Herkunftsländern" oder über sogenannte "sichere Drittstaaten" einreist, hatte seitdem in aller Regel keine Chance mehr auf Asyl.

Warum strebt eigentlich seit dem Beitritt der DDR zur BRD niemand ersthaft eine Verfassungsdiskussion, geschweige denn eine Volksabstimmung entsprechend Artikel 146 GG an?

Nun ein Blick auf die Fluchtursachen in Jugoslawien und Russland Anfang der 90er

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien war während des kalten Krieges militärisch neutral und das einzige sozialistische Land, welches Kredite aus dem US-Marshall-Fond erhalten hatte. Seit den 1980er Jahren wurden Jugoslawien durch IWF und Weltbank neoliberale Rahmenbedingungen aufgezwungen - ein Teil des Wirtschaftskrieges gegen die Ostblock-Staaten.

1990 wurde Jugoslawien jegliche finanzielle Unterstützung des amerikanischen Kongresses entzogen (Foreign Operations Appropriations Law 101-513). Es wurde gefordert, dass in den Teilrepubliken Jugoslawiens Wahlen durchzuführen und die Ergebnisse nach Washington zu melden seien. Damit wurden dort ethnische Konflikte bewusst und in vollem Bewusstsein der Folgen angefacht.

Dieser Mix aus Verteilungskampf um die wenigen Ressourcen sowie die von aussen geschürten angeblichen ethnischen Unterschiede waren ein Nährboden für Nationalisten auf allen Seiten und führten in diesem Fall zum Bürgerkrieg.

Im Übrigen haben die Exzesse des entfesselten Kapitalismus in Russland unter Jelzin mit intensiver westlicher Unterstützung dort sicher auch die Begriffe „Demokratie“ und „liberale Marktwirtschaft“ nachhaltig diskreditiert.

Humanitäre Interventionen: Die Aufweichung der UN-Charta mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft

„Die UN-Charta war mit Blick auf die Vermeidung zwischenstaatlicher Kriege geschrieben worden, das Gewaltgeschehen nach 1990 dominieren aber innerstaatliche Kriege.“ so die Auslegung der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Der Begriff der „humanitären Intervention“ wurde erstmals nach dem ersten Irak-Krieg „Desert Storm“ in der UN-Resolution 688 von 1991 geprägt. In Erinnerung werden vor allem die Bürgerkriege in Somalia, Ruanda und Jugoslawien sein.

Dass man auf jeden Fall auch die Kriegsursachen und die Interessen der angeblichen Retter und Kämpfer für Menschenrechte betrachten muss, möchte ich noch einmal betonen.

Die emeritierte Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte Ingeborg Maus sieht damit die prinzipiell als Abwehrrechte der souveränen Bürgerschaft gegen „die Staatsgewalt“ zu verstehenden Menschenrechte mittlerweile in „Ermächtigungsnormen für Staaten“ umgeformt.

Aus meiner Sicht werden Kriege, die uns als humanitäre Einsätze verkauft werden und Kollateralschäden niemals eine Berechtigung haben. Kriege sind immer grausam und auf Mord und Zerstörung ausgelegt.

Welche friedensstiftenden, demokratisch legitimierten Maßnahmen gingen in dieser Zeit von Deutschland aus?

Derselbe Helmut Kohl, der im Dezember 1989 in Dresden sagte: „Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt!“ hat mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien 1992 wesentlich dazu beigetragen, dass das souveräne Jugoslawien zerstört wurde. Dies war ein wesentlicher Auslöser für den Bosnienkrieg.

Nicht, dass FDP und SPD empört über die bisher stattfindenden Auslandseinsätze der Bundeswehr wären, NEIN, sie waren empört, dass die Bundesregierung allein entschied.

In einem Organstreitverfahren urteilte das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994, "Out of area"-Einsätze also Auslandseinsätze - seien verfassungskonform, wenn der Bundestag vorher zustimmt. Der sogenannte Parlamentsvorbehalt war geboren. Nach Ansicht der Verfassungsrichter berechtigt das Grundgesetz den Bund nicht nur zum Eintritt in ein System kollektiver Sicherheit, sondern bietet auch die verfassungsrechtliche Grundlage für die sich daraus ergebenden militärischen Einsätze der Bundeswehr. Nicht nur die UN, sondern auch die NATO stelle ein solches System dar.

Mir wäre es lieber, wenn man endlich in Deutschland angefangen würde, die 1954 vom Bundesverfassungsgericht umrissene „freiheitliche demokratische Grundordnung“ umzusetzen.

Wie vom Europäischen Gerichtshof in diesem Jahr bestätigt, hängt die Judikative in Deutschland immer noch am Tropf der Exekutive, deshalb darf die deutsche Staatsanwaltschaft keinen EU-Haftbefehl ausstellen. Hier in Sachsen werden die Richter auch vom Justizminister ernannt.

Bosnien und Herzegowina

Die folgenden Informationen stammen aus der Broschüre „Europa und das neoliberale Pilot-projekt Bosnien-Herzegowina“ von Sven Wachowiak der Informationsstelle Militarisierung e.V. .

Nach der Anerkennung von Slowenien und Kroatien 1992 als eigenständige Staaten durch Deutschland und die EU-Staaten, blieb dem muslimisch-bosnischen Staatspräsidenten Alija Izetbegović kaum eine Wahl: Er ließ ein – von den bosnischen Serben boykottiertes – Referendum abhalten, das in der Unabhängigkeitserklärung Bosniens mündete.

Ab da geriet das kleine Land, welches jahrelang als Vorzeigebispiel des konfessionellen Zusammenlebens gegolten hatte (u.a. mit dem höchsten Anteil an „Mischehen“), in den Mahlstrom eines dreieinhalb Jahre dauernden Krieges.

Die Jugoslawische Volksarmee und Serben wollten Jugoslawien zusammenhalten. Die und muslimische Bosniaken, Kroaten und NATO wollten die Teilung.

Mit unbeschreiblicher Brutalität und sehr vielen Toten auf beiden Seiten wurde um das Schicksal der bosnischen Republik gekämpft.

Ab 1995 wurden die Repräsentanten der ethno-nationalistischen Kriegsparteien: Itzetbegovic sowie Milosevic und durch militärische Drohungen gezwungen auf den US-Luftwaffenstützpunkt Dayton in Ohio zu kommen und das „Friedensabkommen von Dayton“ genannte Dokument zu unterzeichnen. Mit Wolfgang Ischinger, Klaus Kinkel und Helmut Kohl seien nur einige deutsche Politiker genannt, die an dem Zustandekommen des Abkommens mitwirkten, da meist nur Richard Hoolbrook in diesem Zusammenhang genannt wird. Dieses Dokument war geeignet Frieden zu erzwingen, nicht aber, um einen demokratischen Staat zu schaffen. Vertreter der Zivilgesellschaft, multiethnische Gruppen oder gar die Anti-Kriegsbewegung waren von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Eine Staatsverfassung lieferte dieses Dokument gleich mit, ohne dass man es für nötig befand, zuvor ein Parlament oder gar die Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen. Mit dem Dayton Abkommen wurde die Souveränität Bosniens drastisch eingeschränkt. Mit dem „Amt des Hohen Repräsentanten“ wurde eine Art neuzeitlicher Statthalter eingeführt, der das Land faktisch regiert. Deutschland stellte 1996/97 mit Christian Schwarz-Schilling diesen „Hohen Repräsentanten“, der lt. Wikipedia als „Kohls affärenreichster Minister“ bekannt war.

Im Dezember 1997 wurde der „Hohe Repräsentant“ mit den sogenannten „Bonner Vollmachten“ ausgestattet. - Auch hierbei bleibt jeglicher Ansatz von Demokratie auf der Strecke. - Sie ermächtigen ihn, gewählte Politiker und Beamte abzusetzen, Gesetzesakte zu erlassen, neue Behörden zu schaffen – und im Übrigen nach Gusto seine eigenen Kompetenzen zu erweitern. Von 1997 bis 2006 wurden 184 Funktionäre entlassen. Lange Zeit war der „Hohe Repräsentant“ auch EU-Sonderbeauftragter.

Abgesichert wird die aufgezwungene Gestaltung von Staat und Wirtschaft auch Militär. Ende 1995 waren es 60k Soldaten der NATO geführten Umsetzungsmision IFOR (Implementation Force), ein Jahr später SFOR (Stabilization Force). Zwischen den Jahren 2002 und 2004 entschied der Nordatlantikrat, die NATO-Truppenzahl in zwei Schritten von 17.000 auf 7.000 Soldaten zu senken, die zwecks „Abschreckung durch Präsenz“ im Land verbleiben sollten.

Bei seiner Antrittsrede hatte der „Hohe Repräsentant“ und EU-Sonderbeauftragte Ashdown betont, oberste Priorität sei es, das Land „unumkehrbar auf den Weg zu Staatlichkeit und Mitgliedschaft in Europa zu bringen“.

2004 übernahm EUFOR (European Union Force) Althea das Mandat von der NATO. Der NATO blieben allerdings dank der „Berlin-Plus-Vereinbarung“ mehrere Hintertürchen offen, weshalb sie im Land nach wie vor eine Rolle spielt. Das Berlin-Plus-Abkommen bildet die Grundlage für die Beziehungen zwischen EU und NATO und hat zum Ziel, Kompetenzen klar festzulegen und doppelte Strukturen zu verhindern.

Ich frage: Entspricht diese Kolonialisierung unseren europäischen Werten und der Idee von Demokratie? Sie erfolgt zumindest nicht in meinem Namen.

Zu dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien können Sie sich anhand der Folien zu den 10 Prinzipien der Kriegspropaganda informieren. Ich möchte das jetzt nicht ausführen. Ich denke aber das Lied der BOTROPS „Kamera läuft“ ist aber aussagekräftig.

Irreversible Integration der Balkanstaaten in die Europäische Union

Seit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien, und dem Wandel der Grünen zur Kriegspartei, konnte ich diese Partei nicht mehr wählen.

Über den Hebel der Privatisierungen und Steuerbefreiungen sollen die Länder schnellstmöglich in den Weltmarkt eingegliedert und für Direktinvestition aus dem Ausland geöffnet werden. Natürlich ist nebenher eine Reform, also das Schleifen des Sozialstaates und der Arbeitsgesetze notwendig.

Dazu werden erst Immobilien und kleine und mittlere Betriebe veräußert. Ganz im Gegensatz zu dieser „wildem Privatisierung“ wird dagegen tunlichst darauf geachtet, dass sowohl das Bankensystem als auch strategische Unternehmen in den Besitz der internationalen Investoren übergehen.

Mit den sogenannten Assoziierungsabkommen werden die Länder zwar wirtschaftlich in den europäischen Binnenmarkt integriert und haben damit dessen Regeln zu befolgen, besitzt aber keinerlei politische Mitspracherechte. Damit wird den stärksten Kräften im Westen – den so genannten ‚Global Players‘ – neuer Marktraum zu erschlossen und mit Hilfe des Regelwerks irreversibel abgesichert.

Landesweit gilt in Bosnien seit 2009 ein einheitlicher Steuersatz von 10% auf Einkommen, Umsatz und Gewinn, welche „Der Spiegel“ als „das wohl radikalste Steuersystem der Welt“ - beschrieb. Dies wurde vom Heidelberger Professor Manfred Rose entworfen. Gefördert werden solche Projekte z.B. durch das deutsche Bundesentwicklungshilfeministerium über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Im Ergebnis speisen sich nur 8% der jährlichen Staatseinnahmen aus der Einkommens- und / oder Unternehmensbesteuerung, 45% hingegen aus indirekter Besteuerung, wobei letztere die ärmsten der Gesellschaft trifft, die selbst auf Grundnahrungsmittel einen hohen Mehrwertsteuersatz zahlen müssen.

Das Durchschnittsgehalt in der bosnischen Realwirtschaft liegt zwischen 500 und 600 KM (Konvertierbarer Mark) ca. 300€. Der Gesamtverbrauch einer vierköpfigen Familie beläuft sich aber auf 1,800 KM im Monat ca. 900€.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Bosnien liegt laut Weltbank bei 67.5%. Es verwundert also nicht, dass über 90% aus dieser Altersgruppe auswandern wollen, die meisten nach Deutschland.

Ich bin unter anderem hier, um klarzustellen: Ich bin kein Teil dieser menschenverachtenden und auf Ausbeutung ausgerichteten „internationalen Gemeinschaft“.

Der Bosnische Frühling 2014

Haben Sie 2014 etwas vom bosnischen Frühling gehört? NEIN?

Die Berichterstattung war ja auch auf die Ereignisse in der Ukraine konzentriert. Während sich die Kiewer Demonstranten feurigem Herzens auf ihre Nation beriefen und ein Assoziierungsabkommen mit der EU wollten, wurde in Tuzla und Sarajewo die Solidarität der Arbeiterklasse beschworen. Während auf dem Majdan Europaflaggen geschwenkt wurden, suchte man in Bosnien vergeblich nach Verbundenheitsbekundungen mit imperialen Machtblöcken.

Die Unruhen (5. bis 8. Februar 2014) erwachsen aus den bereits seit 2009 andauernden, bis dato friedlich verlaufenen Protestaktionen entlassener Arbeiter der bankrott-privatisierten Fabriken DITA und Polihem, Poliolchem, Resod-Guming und Konjuh.

Auch wenn die Proteste zu keinen entscheidenden Veränderungen führten, ist einiges bemerkenswert:

Wichtig ist, dass die Protestierenden in ganz Bosnien sich weigerten, gesponserte politische Parteien und NGOs zu unterstützen. Nachdem sie gesehen hatten, dass diese Proteste von den Armen akzeptiert wurden und nicht von bezahlten ‚Berufs-Aktivist*innen‘ organisiert sind, gingen die Leute auf die Straße.

Um zu verhindern, dass sich bereits in der Frühphase hierarchische Strukturen herauskristallisierten, wurde jede Versammlung von einem ad hoc gewählten Moderator geleitet. Um einer Vereinnahmung von Regierungsseite vorzubeugen, wurde zudem Wert darauf gelegt, dass die Bewegung keine offiziellen Repräsentanten bzw. Sprecher haben sollte.

Im März 2014 wurde eine Expertenregierung gewählt. Wer kandidieren wollte, musste sich von jeder parteipolitischen Zugehörigkeit distanzieren und durfte nicht bei den anstehenden Parlamentswahlen kandidieren.

Leider wurde der aus der demokratischen Eigenermächtigung erwachsene Enthusiasmus aber mit ausbleibendem Erfolg der Expertenregierung unter dem Druck der „Geldgeber“ stark gedämpft.

Ich lese gerade das 1922 veröffentlichte Buch „Die Friedensbewegung“ von Walter Fabian und Kurt Lenz. Ich hoffe, dass wir in Deutschland und Europa die Idee des Pazifismus kraftvoll beleben und eine Diskussion für einen Gesellschaftsvertrag auch und vor allem ausserhalb von gesponserten Parteien und NGOs führen.

Mir graust vor dieser Verfasstheit unserer EUROpäischen Demokratie.

Für mich hat die Frage: Sind gesellschaftliche Strukturen denkbar, mit denen ein Machtmissbrauch ausgeschlossen werden kann? große Bedeutung, denn sonst gilt die vor 200 Jahren von Johann Gottlieb Fichte getroffene Einschätzung **„Wenn die Gleichheit vor dem Gesetz die Ungleichheit unter dem Gesetz ignoriert, schütze sie die Reichen vor den Armen, mehr nicht.“**

Und wie wäre es, wenn wir Lösungsvorschläge für Sachthemen wählen könnten und nicht Hinz und KunzIn?

Abschließend möchte ich Egon Bahr zitieren. Al sein langjähriger Weggefährte Willy Brands, äußerte er 2 Jahre vor seinem Tod 2013: **„Was damals zu Beginn der 70er Jahre, mit Erfolg praktiziert wurde, werden andere jetzt neu lernen. Nicht Demokratie und Menschenrechte, nicht einmal die Freiheit, sondern der Frieden muss global der oberste Wert bleiben.“**